

Interessensbekundung

im Verfahren zur Grundstücksveräußerung

**für die Realisierung eines
Allgemeinmedizinischen Gesundheitszentrums
in der Ortsgemeinde Wallmerod**

Bekanntmachungsversion Stand: 08.02.2022

Die Interessensbekundung besteht aus diesem Titelblatt sowie den Teilen:

A. Interessensbekundungsformular

B. Anlagen

Das Interessensbekundungsformular und die Formblätter des Anlagenteils sind vollständig und zutreffend auszufüllen (Auswahlfelder entsprechend anzukreuzen) und an allen dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben.

A. Interessensbekundung

I. Ich/wir beantrage/n als

EinzelBewerberIn

BewerberInnengemeinschaft

Zutreffendes ankreuzen

die Teilnahme an dem vorbezeichneten Konzeptvergabeverfahren.

BewerberIn	<i>Vorname Name / Firma /</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname Name</i>
Anschrift	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		
Kontaktperson	<i>Vorname Name</i>	

Vorstehend sind die Daten des/der EinzelbewerberIn, bei BewerberInnengemeinschaft die Daten des zur Vertretung der BewerberInnengemeinschaft bevollmächtigten Mitglieds einzutragen. Weitere Angaben und Erklärungen in Bezug auf eine BewerberInnengemeinschaft erfolgen in der Anlage I.

II. Bestandteil der Bewerbung sind die folgenden Anlagen:

<input type="checkbox"/>	Anlage I Angaben und Erklärungen in Bezug auf eine BewerberInnengemeinschaft
<input type="checkbox"/>	Anlage II Nachweis des Eintrags im Handelsregister oder entsprechender Nachweis / Angaben in Bezug auf verbundene Unternehmen
<input type="checkbox"/>	Anlage III Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB
<input type="checkbox"/>	Anlage IV Eigenerklärung zur Bauinvestitionssumme
<input type="checkbox"/>	Anlage V Referenzprojekte
<input type="checkbox"/>	Anlage VI Willensbekundung

III. Unterschrift

Nachstehend ist die Interessensbekundung von dem/der BewerberIn oder dem/der bevollmächtigten VertreterIn der BewerberInnengemeinschaft zu unterschreiben.

Meine/unsere Angaben erfolgen nach bestem Wissen und Gewissen.	
Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung in der Interessensbekundung einschließlich aller Anlagen den Ausschluss von dieser Konzeptvergaben zur Folge haben kann.	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Ort, Datum</i>
	<i>(Unterzeichnende/r) Vorname Name in Reinschrift</i>
	<i>Unterschrift</i>

B. Anlagen zur Interessensbekundung

gemäß Anlagenverzeichnis in Teil A, Seite 3

Die Anlagen sind sorgfältig zu prüfen, zutreffend und vollständig auszufüllen. Bei Auswahlmöglichkeiten ist das zutreffende Auswahlfeld anzukreuzen.

Bei Unterschriftsfeldern in der einzelnen Anlage sind diese Felder jeweils vollständig nach den in Kursivschrift gesetzten Vorgaben auszufüllen.

Soweit zusätzlich zu den Angaben und Erklärungen, die in die Anlagen einzutragen sind, die Vorlage von Nachweisen und Angaben auf Beiblättern gefordert werden, sind diese der jeweiligen Anlage anzufügen.

Angaben und Erläuterungen auf nicht geforderten zusätzlichen Anlagen der BewerberInnen bleiben bei der Prüfung der Interessensbekundung außer Betracht. Auf etwaige Unklarheiten, die nach Ansicht des/der BewerberIn der Interessensbekundung oder sonst den Wettbewerbsunterlagen anhaften, ist die Ortsgemeinde unverzüglich hinzuweisen.

Anlage I

BewerberInnengemeinschaft

<input type="checkbox"/>	Teilnahme als EinzelbewerberIn <i>keine weiteren Einträge in der Anlage I</i>
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Der BewerberInnengemeinschaft gehören folgende Mitglieder an:
--------------------------	--

1. Mitglieder der BewerberInnengemeinschaft

Mitglied A	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

Unterlagen Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Allgemeinmedizinisches Gesundheitszentrum Wallmerod

Mitglied B		
	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

Mitglied C		
	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

Unterlagen Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Allgemeinmedizinisches Gesundheitszentrum Wallmerod

Mitglied D	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

3. Die oben benannten Mitglieder der BewerberInnengemeinschaft erklären:

a) Bevollmächtigter VertreterInnen der BewerberInnengemeinschaft

Das Mitglied

Vorname Name / Firma / Bürobezeichnung

wird zur Vertretung der BewerberInnengemeinschaft in dem vorliegenden Vergabeverfahren bevollmächtigt.

Der vorstehende Eintrag muss mit dem Eintrag für „BewerberIn“ in der Interessensbekundung (Teil A, Seite 2) übereinstimmen.

b) Bildung einer BewerberInnengemeinschaft

Zur Teilnahme an dem Konzeptvergabeverfahren werden wir nach der angestrebten Aufforderung zur Abgabe der Bewerbung eine BewerberInnengemeinschaft bilden.

Auf der folgenden Seite sind die vorstehenden Angaben von allen Mitgliedern der BewerberInnengemeinschaft als BewerberInnengemeinschaftserklärung zu unterschreiben.

Unterlagen Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Allgemeinmedizinisches Gesundheitszentrum Wallmerod

Mitglied A	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Mitglied B	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Mitglied C	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Mitglied D	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Anlage II

Auszug aus dem Handelsregister/Nachweis des Herkunftsstaats

Angaben zu verbundenen Unternehmen

Bei BewerberInnengemeinschaften ist für jedes Mitglied ein Exemplar dieser Anlage zu erstellen und darauf der Name des Mitglieds anzugeben.

1. Der/die BewerberIn / das Mitglied der BewerberInnengemeinschaft ist eine juristische Person.

ja <input type="checkbox"/> <i>Der Handelsregisterauszug bzw. ein entsprechender Nachweis des Herkunftsstaats sind nach dieser Anlage beizufügen</i>	nein <input type="checkbox"/>
---	---

2. Mein/unser Unternehmen gehört einer Gruppe verbundener Unternehmen an.

ja <input type="checkbox"/> <i>Die Verknüpfung der Unternehmen ist auf einem zusätzlichen Beiblatt zu dieser Anlage darzulegen</i>	nein <input type="checkbox"/>
---	---

Anlage III

Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Bei BewerberInnengemeinschaften ist für jedes Mitglied ein Exemplar dieser Anlage zu erstellen.

1. § 123 GWB lautet:

§ 123 Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

1a) Erklärung des/der BewerberIn / Mitglieds der BewerberInnengemeinschaft:	
Ich/wir erkläre/n, dass in Bezug auf mich/uns ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB nicht vorliegt	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

2. § 124 GWB lautet:

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

2 a) Erklärung des/der BewerberIn / des Mitglieds der BewerberInnengemeinschaft:	
<input type="checkbox"/>	Ich/wir erkläre/n, dass in Bezug auf mich/uns ein Ausschlussgrund nach § 124 GWB nicht vorliegt
<input type="checkbox"/>	In Bezug auf die Ausschlussgründe des § 124 GWB teilen wir folgende/n Sachverhalt/e mit:
<i>Die Ortsgemeinde wird hierzu ggf. weitere Überprüfungen vornehmen und Unterlagen anfordern. Täuschungsversuche können zum Verfahrensausschluss führen.</i>	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

Anlage IV

Eigenerklärung zur Bauinvestitionssumme

Die Bauinvestitionssumme von mindestens 5 Mio. EUR (netto) ist für ein realisiertes Projekt innerhalb der letzten zehn Jahre nachzuweisen.

Der/Die BewerberIn/das Mitglied der BewerberInnengemeinschaft erklärt, die nachfolgend angegebenen Bauinvestitionssumme (netto) in den letzten zehn Jahren getätigt zu haben.

Projektname (inkl. Umsetzungszeitraum)	Bauinvestitionssumme in EUR

Firmen-/ Bürostempel	
	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

Anlage V

Referenzprojekte

Es ist mindestens ein Referenzprojekt nach näherer Maßgabe der Bekanntmachung und der Wettbewerbsunterlage nachzuweisen.

Für den Nachweis von mehr als einem Referenzprojekt werden bei Einhaltung der genannten Bedingungen im Rahmen der Konzeptbewertung entsprechende Punkte vergeben. Für diesen Fall sind entsprechende Mehrfertigungen der nachfolgenden Referenzdatenblätter zu erstellen.

Die geforderten bzw. zugelassenen Angaben auf Zusatzblättern sind nach dem jeweiligen Referenzdatenblatt anzufügen.

Unterlagen Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Allgemeinmedizinisches Gesundheitszentrum Wallmerod

Referenzprojekt Nr. 1	
Bezeichnung des Projekts	
Art des Projekts	<input type="checkbox"/> Öffentliches Projekt <input type="checkbox"/> Privates Projekt
Art der Maßnahmen	<input type="checkbox"/> Neubau <input type="checkbox"/> Umbau / Erweiterung <input type="checkbox"/> Sanierung
Ort	
Grundstücksgröße (mind. 4.000 qm)	
Jahr [MM/JJ] der Baufertigstellung	
Anschrift Gemeinde/Stadt (Straße/Ort/Telefon/E-Mail)	
AnsprechpartnerIn	
Telefondurchwahl	
Projektbeschreibung maximal 3 DIN A 4 Seiten, einschl. Fotos und Abbildungen	<input type="checkbox"/> Beschreibung liegt in den Beiblättern dieser Anlage bei

Firmen-/ Bürostempel	
	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

Anlage VI

Willensbekundung

Nachstehend ist die Willensbekundung von dem/der BewerberIn oder dem/der bevollmächtigten VertreterIn der BewerberInnengemeinschaft zu unterschreiben.

Hiermit bekunde/n ich/wir meinen/unseren Willen, bis zum Abgabeschluss der Unterlagen im Hauptverfahren, die Ansiedlung von zwei allgemeinmedizinischen ÄrztInnen nachzuweisen.	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>